

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Sozialpolitik

Nr. 067/16 vom 08. Februar 2016

Heike Franzen: Ohne das jahrelange Nichteingreifen des Ministeriums wären die massiven Rechtsverletzungen am Friesenhof nicht möglich gewesen

Die Obfrau der CDU-Fraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat sich am Rande der heutigen (08. Februar 2016) Sitzung erschüttert von Berichten ehemaliger Mitarbeiter gezeigt:

„Diese Schilderungen waren wirklich erschütternd. Und am schlimmsten war, dass das Ministerium seit 2013 über die Vorkommnisse in der Einrichtung informiert war. Dennoch griff es nicht wirksam ein. Sonst wären die massiven Rechtsverletzungen nicht möglich gewesen“, so Franzen.

Teilweise unter Tränen hätten die Mitarbeiter von den Zuständen in der Kinder- und Jugendeinrichtung „Friesenhof“ berichtet. Die bisherigen Vorwürfe, wie beispielsweise Strafsport, mangelndes Fachpersonal oder der Entzug von Taschengeld hätten sich bestätigt.

„Nur im Beisein von Mitarbeitern durften die Mädchen mit ihren Eltern telefonieren. Spielzeug gab es nicht“, so Franzen. Im Haus Campina habe keines der Mädchen eine Regelschule besucht. Das Haus hätten die Mädchen nicht alleine verlassen dürfen.

„Die Mitarbeiter schilderten, dass sie sich ohnmächtig gefühlt hätten. Ihnen

war bewusst, dass die Einrichtung für die Mädchen nicht geeignet war“, sagte Franzen. Die Bedürfnisse der Jugendlichen seien komplett in den Hintergrund getreten. Nach Auskunft der Mitarbeiter sei das pädagogische Konzept bereits zum Zeitpunkt der Genehmigung durch das Ministerium nicht vertretbar gewesen.

„Wir haben es ganz klar mit einem Versagen der Heimaufsicht zu tun. Als nächstes wird die Frage zu klären sein, weshalb die Kontrolle der Heimaufsicht nicht funktioniert hat“, so die CDU-Obfrau.